

Einzelpreis 1000 Mr.

Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 18.000 Mk. pol.
Durch Zeitungsboten 20.000
die Post 20.000
Ausland 30.000
Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-86.
Postfachkonto 60.689.
Honorare werden nur nach vorheriger
Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-
geschickte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint mit Ausnahme der nach
Sonntagen folgenden Tage frühmorgens
Anzeigenpreise:
Die 7-gelb. Millimeterzeile 500 Mr. pol.
Die 3-gelb. Reklame (Millim.) 2000
Eingelands im lokalen Teile 5000
Für Arbeit tagesweise besondere Vergän-
gungen. Anzeigen an Sonn- und
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-
rechnet. Auslandsinserate 50% Zuschlag.
Bei Betriebsstörung durch höhere Ge-
walt, Arbeitsniederlegung oder Aus-
sperrung hat der Betreuer keinen An-
spruch auf Nachlieferung der Zeitungs-
oder Rückzahlung des Bezugspreises

Nr. 27.

Mittwoch, den 20. Juni 1923.

1. Jahrgang.

Italienische Stimmen gegen den „Waffendruck Frankreichs“.

Rom, 19. Juni. In der „Tribuna“ schreibt der häufig von antilicher Seite inspirierte Polemiker „Raffignac“, Frankreich dürfe nicht länger ein Monopol für Rührerhandlungen beanspruchen, sondern müsse England und Italien endlich mitreden lassen. Es lasse ein Widerspruch zwischen Polcarés Behauptung vor der Kammer, daß der deutsche Widerstand gebrochen sei, und der letzten französischen Forderung, daß dieser Widerstand bedingungslos aufgegeben werden müsse. Die Neutralitätsperiode Englands und Italiens sei nunmehr vorbei. Diese Mächte müßten nunmehr selber nach dem Rechten sehen und sich entscheiden, ob sie sich dem Waffendruck Frankreichs anschließen oder eine andere Lösung des gegenwärtigen Konflikts suchen wollten.

Für Entmilitarisierung der Rheinzone.

London, 18. Juni. Einem Times-Vericht aus New-York zufolge tritt Oberst House in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ für Entmilitarisierung der Rheinzone ein, und für die Gewährung einer Sicherheit durch Großbritannien und Italien an Frankreich von der Art, wie sie in Paris von Wilson und Lloyd George angeregt wurde.

Die Kabinettskrise in Belgien.

Thennis' Bedingungen.

Brüssel, 19. Juni. (Bat.) Thennis, dem die Neubildung des Kabinetts angetragen wurde, behält sich vor, diese Mission erst dann zu übernehmen, wenn sich eine Möglichkeit zur Regelung der Angelegenheit der Center Universität sowie des Militärlebens bieten wird.

Poincarés Antwort an England von Belgien gutgeheißen.

Paris, 19. Juni. (Bat.) „Journal“ berichtet aus Brüssel, daß die belgischen Minister Poincarés Antwortentwurf auf das englische Memorandum einstimmig gutgeheißen haben und überzeugt sind, daß sie darin vom Parlament unterstützt werden.

Die Sowjetregierung will von England anerkannt werden.

London, 19. Juni. (Bat.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge richtete die Sowjetregierung eine Note

nach London, in der sie erklärt, daß nach Beilegung des englisch-russischen Konfliktes ihrer Ansicht nach nunmehr der Zeitpunkt für die rechtliche Anerkennung der Sowjets durch England gekommen sei.

Wien, 19. Juni. (Bat.) Der bisherige Vertreter der ukrainischen Sowjetrepublik in Wien Michail Le-wickij wurde auch zum Vertreter der Moskauer Sowjetregierung ernannt und hat gestern im österreichischen Außenministerium seine Beglaubigungs-urkunde überreicht.

Die Entente für Beschleunigung der Lausanner Verhandlungen.

Wien, 19. Juni. (Bat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus Paris: In hiesigen unterrichteten Kreisen wird bestätigt, daß die englische, die französische und die italienische Regierung miteinander über die Beschleunigung der Verhandlungen in Lausanne beraten. Der türkischen Delegation sollen konkrete Vorschläge in den noch unerledigten Fragen unterbreitet werden.

Paris, 19. Juni. (Bat.) Nachrichten der französischen Presse aus der Schweiz zufolge wurde die 15. Woche der Lausanner Konferenz unter Bedingungen eröffnet, die den in letzter Zeit gehegten Optimismus in keiner Weise rechtfertigen. „Times“ bemerkt, daß die Frage der Be-zahlung der Zinsabschüsse und der türkischen Anleihe noch immer in der Schwebe sei. Dagegen wurden die Vor-schläge, die Poincaré am vergangenen Sonntag Rum-boldt und Montagni unterbreitet haben soll, als unbefriedigend bezeichnet. Der von den Führern der Delegationen der Verbündeten eingenommene Standpunkt hat bisher keine Änderung erfahren.

Lausanne, 19. Juni. (Bat.) Die Delegationen der Verbündeten haben beschlossen, in der Frage der Bezahlung der Zinsabschüsse auf Weisungen ihrer Regie-rungen zu warten.

Sofia, 19. Juni. (Bat.) Die bulgarische Tele-graphenagentur berichtet: Der frühere Eisenbahndirektor M o r s o w wurde an Stelle Todorows zum bulgarischen Delegierten auf der Lausanner Konferenz ernannt.

Ausweisung von Danziger Bürgern aus Polen.

Am 15. d. M. richtete der polnische Generalkommissar in Danzig Plucinski an den Senat der Freien Stadt Danzig folgende Note:

„Bestimmend auf meine Note an den Präsidenten des Senats vom 28. Mai habe ich die Ehre, dem Senat mitzuteilen, daß angesichts dessen, daß folgenden, auf dem Gebiet der Freien Stadt beschäftigten Bürgern seitens der Danziger Bezirke die Ausübung ihres Berufs untersagt wurde (hier folgt ein Namensverzeichnis von 16 polnischen Staatsbürgern), was die polnische Regierung als gleichbedeutend mit einer Ausweisung betrachtet, — eine Verfügung erlassen wurde, derzufolge aus dem Gebiet der Republik Polen folgende Danziger Bürger ausgewiesen werden. (Namensverzeichnis von 16 Danziger Bürgern).

Maßregelung von Zeitungen.

Warschau, 19. Juni. (Bat.) Der in einer Tageszeitung erschienene Artikel „Unter dem schwarzen Banner des Faschismus“ wurde konfisziert. Desgleichen ist ein Tagesblatt für den Artikel „Schwarz-dunkel“ beschlagnahmt worden. Das Gericht bestätigte die Beschlagnahme der Zeitschrift „Glos“.

Südslawien und Bulgarien.

Wien, 19. Juni. (Bat.) Die „N. Fr. Presse“ berichtet aus Belgrad: In der Kammer griffen die Führer der Oppositionsparteien die Regierung wegen ihrer Außenpolitik an. Der Führer der Demokraten Brnjewitsch erklärte, daß die neue bulgarische Regierung eine Rüstungs- und Revanchepolitik führe. Die durch die Friedensverträge

verbürgte Lage Südslawiens beginne sich gegenwärtig ungünstig zu gestalten, da weder Bulgarien noch Ungarn an die Einhaltung der Friedensverträge dächten. Der Magnatier Todor Alexandrow sei trotz des Dementis der bulgarischen Regierung der Leiter der Politik Bulgariens. Brnjewitsch, der Führer der sozialistischen Partei Jowanow und der Volksparteiler Sznit verlangten eine militärische Intervention Südslawiens in Bulgarien und fragten, was für einen Standpunkt die Verbündeten in dieser Frage einnehmen.

Belgrad, 19. Juni. (Bat.) In seiner Antwort auf die Interpellation bezüglich des Staatsstreiks in Sofia erklärte Außenminister Nincyn, daß eine militärische Intervention Südslawiens in Sofia nicht gerechtfertigt werden könnte und daß ein solches Vorgehen eine Erneuerung des einstmaligen von Österreich gegenüber von Serbien angewandten Präventivsystems bedeuten würde. Zugleich eines diplomatischen Schrittes erklärte der Minister, daß vorher erst tatsächliche Verhältnisse gegen den Vertrag von Neuilly festgestellt werden müßten. Auch mußte diese Angelegenheit zusammen mit den Regierungen geprüft werden, die diesen Vertrag unterzeichnet haben. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die südslawische Regierung die Lage in Bulgarien aufmerksam verfolgen und sich an das Parlament um Unterstützung und Vertrauen wenden werden.

Kurze telegraphische Meldungen.

Fünf Bergwerksdirektoren, die nach Deutschland ge-flüchtet sind, wurden von den Franzosen in Düsseldorf zu 5 Jahren Gefängnis und Geldstrafen von 24 bis 480 Millionen Mark verurteilt.

Mac Kenna über die Reparationsfrage.

Nachstehend bringen wir Ausführungen Mac Kennas, des gewählten Ausschatsvorsprechenden der Londoner Joint City und Midland Bank und nunmehrigen Schatzkanzlers der englischen Regierung, aus einem Referat auf der New-Yorker Tagung der American Bankers' Association vom 2.-6. Oktober 1922 auf Grund des damaligen Berichts im „Bank-Archiv“, Heft 8 und 9. Diese Ausführungen verdienen jetzt besondere Beachtung, wenigstens sie keineswegs als reparationspolitische Richtlinien der englischen Regierung anzusehen sind.

Die Schriftleitung.

Die erste Frage ist: Wieviel kann Deutschland zahlen? Sie erwarten vielleicht, daß ich eine Aufzählung von Deutschlands natürlichen Hilfsquellen und eine Veranschlagung seiner Produktivkraft geben werde. Man hat dies schon viele Male getan und viel Fleiß auf solche Untersuchungen verwandt. Ich zweifle nicht, daß die Sachverständigen, deren Entschäften an die Signalarbeiten des Versailler Vertrages besagte, daß Deutschland 120 Milliarden Dollar zahlen könnte, zahlreiche, sorgfältige Berechnungen dieser Art angestellt haben. Doch was wir zu unterfragen haben, ist nicht Deutschlands Fähigkeit, Güter zu produzieren, sondern seine Fähigkeit, Auslandsschulden zu bezahlen. Ich kann nicht umhin, festzustellen, daß mir hier der Irrtum zu liegen scheint, den die Versailler Entschaffen begangen haben.

Wie sieht Deutschland heute da? Der größte Teil seiner ausländischen Kapitalanlagen ist verloren gegangen. Teilweise wurden sie während des Krieges verkauft, teilweise als feindliches Eigentum von den alliierten und assoziierten Mächten beschlagnahmt, und was noch verblieb, hat größtenteils seinen Wert verloren, wie z. B. die russischen Kapitalanlagen. Deutschland hat seine Handelsflotte ansehnlich vermindert und seine ergebnislose Gebiete, Elbschiffbrücken, das Saarbecken und die polnischen Provinzen, sind ihm genommen. Sämtliche Quellen, die möglicherweise eine aktive Zahlungsbilanz hätten ergeben können, haben an Leistungsfähigkeit erheblich eingebüßt oder sind gänzlich verstopft. In keiner Zeit war Deutschlands Zahlungsbilanz in einem Grade aktiv, daß es die jährlichen Zahlungen hätte leisten können, die im Londoner Ultimatum verlangt wurden; es steht außer Frage, daß es heute erst recht nicht dazu in der Lage ist.

Auf der kürzlich in London abgehaltenen Reparationskonferenz, der alliierten Mächte wurde vorgeschlagen, Deutschland durch Strafmaßnahmen zu sofortigen Barzahlungen zu zwingen. Man kann solche Politik nur machen, wenn man überzeugt ist, daß Deutschland wirklich zahlen kann. Ich für mein Teil glaube nicht, daß es in Deutschlands Macht liegt, zu zahlen. Aber gesetzt den Fall, Deutschland könnte zahlen, so bliebe zu unterfragen, welche Wirkung diese erzwungene Zahlung auf den Weltmarkt haben würde, und ob dies den Gläubigern einerseits und den übrigen Nationen andererseits Vorteil bringen würde.

Wenn Deutschland zahlen könnte, was von ihm verlangt wird, so wäre die einzige Möglichkeit, sich die Zahlungsmittel zu verschaffen, die Vermehrung des Exports. Was könnte Deutschland exportieren? Deutschland ist vor allem ein Industrie- und Rohstoffland. Was Deutschland an Rohstoffen auf den Weltmarkt bringt, ist verhältnismäßig gering. Dagegen ist Deutschland genötigt, Rohzahlungsmittel einzuführen. Als eine Folge des Verlustes eines großen Teiles seiner Erz- und Kohlenlager muß Deutschland sowohl Eisenerz als auch Kohle für seine Hütten und Fabriken vom Auslande kaufen. Was Deutschland an vermehrtem Export herausschaffen wird, könnte nur aus Fertigfabrikaten bestehen. Um diese Abwärtsfuhr von Fabrikaten trotz des Wettbewerbs anderer Industrie-

Das Wichtigste im Blatt:

Die Warschauer Wölfe vollert keine Valutenkurse.
Mac Kenna über die Reparationsfrage.
Die Kabinettskrise in Belgien.
Die Entente für Beschleunigung der Lausanner Verhandlungen.
Minister Todorow in Lodz.
Besetzung des Lojapreises in der Lodzer Industrie.

haben zu ermöglichen, müßte die deutsche Bevölkerung mehr Stunden am Tage und für geringere Entlohnung arbeiten. Der Fabrikant müßte auf Teile seines Profits verzichten; ferner müßte der Import auf das geringstmögliche Maß eingeschränkt werden. Aber die Konfessionslosen werden nicht müßig zusehen, wie ihnen ihr Abgang verloren geht und sie in die Gefahr wachsender Arbeitslosigkeit und schwerer Handelseinbußen geraten. Soweit deutsche Güter in ihren eigenen nationalen Markt eindringen, werden sie sie durch Schutzzölle auszu-schließen suchen. Soweit aber die Konkurrenzstaaten ihren Stand auf den neutralen Märkten behaupten wollen, sind sie gezwungen, ebenfalls ihren Arbeitslohn und Profit herabzusetzen. Wir sehen, daß alle anderen Industrie-staaten der Welt ein vitales Interesse daran haben, den auf Vermehrung des deutschen Exports gerichteten Anstren-gungen entgegenzuwirken, und dies kann nur geschehen durch ein allgemeines Herabdrücken des Niveaus der Le-benshaltung.

Es wird oft behauptet, daß der Marktwert und die ihn begleitende Desorganisation des Welthandels zu vermeiden gewesen wäre, wenn die deutsche Regierung mit Entschiedenheit und Ehrlichkeit gehandelt hätte. Man sagt, daß Deutschland absichtlich die Entwertung seiner Währung förderte, um seine Gläubiger zu veranlassen, ihre Forde-rungen aufzugeben. Man sagt uns, daß das deutsche Volk nicht hinreichend besteuert sei. Wenn die Deutschen ebenso hohe Steuern zahlen müßten, wie sie in anderen Ländern erhoben werden, so könnte die Regierung ihre Verbindlich-keiten erfüllen. Es ist gewiß richtig, daß in meiner Heim- (England) weit höhere Steuern erhoben werden als in Deutschland; aber ich bin geneigt zu glauben, daß wir überbesteuert sind, und daß eine solche Ueberbesteuerung die Gütererzeugung der Nation herabdrückt. Mag nun meine Ansicht richtig sein oder nicht, ich kann nicht ein-sehen, wie eine zusätzliche Besteuerung dazu angetan sein soll, den Außenhandel anzuregen und einen großen Export-überschuß hervorzubringen. Die Steuern würden in Markt bezahlt werden, und ob nun diese Marktbeträge erlangt werden durch offene Besteuerung oder verdeckte Besteuerung, wie sie die Banknotenvermehrung darstellt, in keinem Falle sind sie ein Zahlungsmittel, das zur Abgeltung auslän-discher Verbindlichkeiten akzeptiert würde.

Sicherlich kann Deutschland etwas zahlen, wenngleich nicht in der Form oder unter den Bedingungen, die man Deutschland jetzt aufzwingen möchte. Zahlreiche Deutsche verfügen über Auslandsguthaben, sei es in Wert-papieren oder Barguthaben. Sie könnten diese Auslandsguthaben der deutschen Regierung verkaufen, welche sie ihrerseits dann der Reparationskommission ausbändigen könnte. Eine notwendige Vorbedingung für eine solche Transaktion ist aber, daß die Eigentümer der fremden De-visen willens sind, sie zu verkaufen. In Deutschlands ge-genwärtiger Lage könnte keine Regierung einen zwangs-weisen Verkauf durchsetzen. Wie könnte denn diese Glawil-ligung der Eigentümer erlangt werden? Ich zweifle nicht, daß die Eigentümer der fremden Devisen willens sein würden, sich ihrer zu entledigen, wenn sie das mit höherem Nutzen tun könnten. Man muß sich erinnern, daß diese Devisen zu einem beträchtlichen Teile den Gegengewert von Marktbeträgen darstellen, die von Deutschen auf den inter-nationalen Markt geworfen wurden, in der wohlbegründeten Annahme, daß die Marktwährung unter dem Druck der Repara-tionsleistungen rasch fallen würde. Man nehme diesen Druck von der Marktwährung, und sie wird sich alsbald erholen. Noch immer hat die Mark auf dem deutschen Inlandmarkt einen weit höheren Wert als im Auslande, und die deutschen Besitzer von Devisen würden einen klar ersichtlichen Vorteil haben, wenn sie nach erfolgter Stabili-sierung der Mark ihre Devisenbeiträge verkaufen.

Es ist unmöglich, den Gesamtbetrag dieser deutschen Auslandsguthaben irgend wie genau zu veranschlagen. Ich glaube aber sicher zu gehen, wenn ich sie nicht weniger als eine Milliarde Dollar bewerte. Welches auch der Betrag sein mag, Deutschland könnte ihn zahlen, wenn dem Faden der Mark Einhalt getan würde. Mehr als das, glaube ich, hat Deutschland für eine Reihe von Jahren nicht bezuge-ben; und Deutschland würde diese Zahlung unter der Be-dingung machen, daß für lange Zeit in der Zukunft weite-rer Zahlungen von ihm nicht verlangt werden. Was die Höhe desjenigen Betrages anlangt, den man überhaupt von Deutschland erhalten kann, so glaube ich, daß die Gläubi-ger gewinnen würden, wenn sie während einer Zeitspanne von mindestens drei Jahren überhaupt auf jeden Versuch, Geld zu erlangen, verzichten würden. Es ist für mich nicht zweifelhaft, daß die ganze Welt durch die allgemeine Sta-bilisierung der Währungen, die der Stabilisierung der Mark folgen würde, ganz erheblich gewinnen würde.

Zum Schluß gibt Mac Kenna die folgende Zusam-menfassung:

Ich werde zu der Schlussfolgerung getrieben, daß Deutschland nur durch Uebertragung seiner ausländischen Barguthaben und den Verkauf der ihm noch verbleibenden ausländischen Wertpapiere zahlen kann, daß diese Zahlung jedoch nur möglich ist, wenn alle anderen Forderungen für einen bestimmten Zeitraum zurückgestellt werden, der lang genug sein muß, um die Stabilisierung der Mark zu er-möglichen, und daß künftige Forderungen nach Ablauf die-ses Zeitraumes befristet sein müssen auf dem Aktiva- und den Deutschlands Zahlungsbilanz zu jener Zeit aufweist. Ferner: England hat die Fähigkeit, den Vereinigten Staaten die von ihnen erhaltenen Anleihen mit Zinsen zu-rückzahlen, aber nur England allein kann dies tun. Kei-ner der anderen Schuldner ist in der Lage, mehr als einen



Mac Kenna, der neue englische Schatzkanzler.

kleinen Teil seiner Auslandsschulden abzudecken, und es ist angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage Europas im Interesse aller Beteiligten erwünscht, daß für eine be-stimmte Zeit alle interalliierten Schuldzahlungen ausgesetzt werden. Der Betrag, den die einzelnen Schuldner tatsäch-lich zu zahlen haben, sollte nach einer Untersuchung über den möglichen Exportüberschuß auf Grund freimütiger Aus-sprache zwischen Gläubigern und Schuldern festgesetzt werden."

Vom Weltbund der Freundschaftsarbeit der Kirchen.

Auf der letzten Tagung des Arbeitsausschusses des Weltbundes in Zürich, worüber wir bereits einiges berich-teten, war zum ersten Mal auch die Landesvereini-gung Polen und zwar durch ihren Vorsitzenden, Gene-ralsuperintendenten D. Blaas-Pojen vertreten. Aus den Verhandlungen sei noch besonders hervorgehoben die Aner-kenning, die die Begründungen des Landesverbandes Polen und seine Satzungen fanden. Letztere entsprachen genau dem auf der Konferenz zum ersten Male ausgesprochenen Grundsatz des Zusammenschlusses organisierter Kirchen, statt einzelner freier Kreise und der Bindung an feste Satzungen/ statt loser Organisation. Bisher hatte nur die deutsche Sektion solche Statuten, gleichzeitig mit uns haben England und Frankreich sich solche gegeben. Die Versammlung trat ferner warm für die Minderheitenrechte und deren internationale Kontrolle ein, empfahl einen allgemei-nen Friedenssonntag, verhandelte über die Zusam-menarbeit mit anderen ähnliche Ziele verfolgenden Organi-sationen, auch über Zusammenritt mit der katholischen Kirche, die allerdings als zurzeit in offiziellem Sinne für unmöglich erklärt werden mußte, empfahl, wie bereits be-richtet wurde, die durch das Ruhrproblem verwickelt gewor-dene Frage der Reparationen zur Regelung durch einen verbesserten und erweiterten Völkerbund oder eine andere internationale unparteiliche Stelle, in der Einsicht, daß der gegenwärtig beschrittene Weg nicht zum Ziele füh-ren könne, und verhandelte im übrigen über Fragen der Methode der Arbeit des Bundes und seine Organisation. Die Verhandlungen waren durchweg von dem Bestreben nach Verständigung getragen; es liegt bei der gegenwärtigen Hochspannung der nationalen Gegensätze in der Natur der Sache, daß gemeinsame Beschlüsse Kompromißcha-rakter tragen, der nach keiner Seite hin allen Wünschen gerecht werden kann. Zusammen hat die Konferenz aufs neue bewiesen, daß auf ihr ein Boden vorhanden ist, auf dem Angehörige aller Nationalitäten über die trennenden nationalen Schranken hinweg in Gemeinsamkeit des Glau-bens sich die Hände reichen und die schweren Probleme der Zeit im Geiste des Friedens zu durchdenken und zu be-sprechen imstande sind.

Parlamentsnachrichten.

Die Kräfteverteilung im Sejm.

In unserem gestern unter obigem Titel gebachten Artikel ist ein Fehler unterlaufen. Die Deutsche Fraktion hat ihre Plätze im Sejm nicht mehr, wie dort gesagt war, auf der äußersten Rechten, sondern in den Reihen der Opposition und zwar zwischen den Banken der anderen nationalen Minderheiten und der P. P. S.

Sejm-Sitzung vom 19. Juni.

In erster Lesung wird das Gesetz von der Abände-rung des Gerichtsverfahrens in Zivilprozessen im ehemali-gen Österreich schon Teilgebiet, ebenso einige Strafverfö-gungen in allen drei Teilgebieten der Kommission über-wiesen.

Man schreitet zur Verhandlung über den Antrag der Klub bezüglich der

Kurhnen vom 11. Dezember v. J.

Abg. Thugutt erklärt, es sei unüberleglich er-wiesen, daß die Vorfälle in Warschau am 11. Dezember ein Verbrechen gegen das Recht und die Verfassung waren. In der Menge seien nicht nur nationaldenkende Personen gewesen, sondern auch Kommunisten. Auf dem Blatte der Drei Kreuze gab es auch noch eine andere Sorte von Verbrechern, nämlich die unartigen Vertreter der Behörden, die ihre Pflicht vergaßen. Die Kommission hat beschlossen, die Regierung anzufragen einen Bericht über die ergri-fenen Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände in der Verwaltung sowie die Ergebnisse der Untersuchung gegen die schuldigen amtlichen Personen dem Sejm vorzulegen. Noch einige Worte über den Antrag des Abg. Butel in

der Angelegenheit der Verherrlichung der Morde. Ich bitte über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, äußere jedoch den Wunsch, daß solchen Frechheiten ein Ende bereitet werde.

Abg. Rocznicki wünscht, diese Angelegenheit möchte zum letzten Mal im Sejm berührt worden sein. Man sagt, der weiße Faschismus werde einen roten Fa-schismus hervorrufen. Ich stelle fest, daß es keinen roten Faschismus geben wird. Die Arbeiter verfügen über ge-nügend organisatorische Kraft, um sich vor Dezember — oder Maianschlügen zu sichern.

Abg. Anusz: Diese Vorfälle müßten vergeßten werden. Gegenwärtig müssen die Verwaltungsbehörden ihre Pflicht tun. Auf solche Sachen wie die Ausschreit-„Volksheroz“ auf dem Grabe eines von polnischen Gerich-ten Verurteilten müsse reagiert werden.

Abg. Rozicki: In Polen gibt es keine faschi-stische Verschwörung. Die Drohungen einiger Redner ma-chen keinen Eindruck mehr. Niemand fürchtet sich davor. Meine Partei (Nationaler Volksverband) wird für die Resolution der Kommission stimmen.

Innenminister Kiernik erklärt, die Regierung sei mit dem Antrag der Verwaltungskommission einverstanden. Im Verlauf der Untersuchung seien einige schuldige Funk-tionäre bereits verurteilt worden, gegen andere sei das Strafverfahren eingeleitet. Es sei nicht wahr, daß die Regierung einige aus besagten Gründen entlassene Beamte wieder angestellt habe. Betreffs einer angeblichen Zugehö-rigkeit der Beamten zu Geheimorganisationen, habe der Ministerpräsident in seinem Exposé erklärt, die Regierung werde keinerlei Geheimorganisationen bilden.

Hiermit wird die Diskussion beendet.

In der Abstimmung wird die Resolution im Wort-laut der Kommission angenommen. Die Verbesserung des Abgeordneten Anusz, der die Festsetzung einer zweimöchigen Frist für die Regierung fordert sowie eine Resolution, die zur Abrottung der antisemitischen Agitation auffordert, werden abgelehnt.

Das Gesetz von der Zusammenlegung von Grundstücken, das die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes über den Umzug von Ländereien anfordert, wird angenommen. In zweiter Lesung wird das Gesetz von der Änderung einiger Vorschriften über den Umzug von Valuten angenommen, wobei die Strafe bis zu 5 Jahren Gefängnis und bis 100 Millionen Mark erhöht wird. Sodann wird in dritter Lesung das Gesetz über die Änderung der Grenzen von Land-gemeinden angenommen und der Bericht der Kom-mission über die Waldbanina entgegengenommen.

Finanzminister Markowski stellt fest, daß der Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer der Finanz-kommission zugegangen ist und dem Sejm in Kürze ein neuer Gesetzentwurf über den Wiederaufbau vorgelegt wer-den wird. Er schlägt vor, im 2. Artikel den Satz, daß die Regierungen gleichfalls der Danina unterliegen, zu streichen. Die Strafvorschriften müßten auf Wunsch des Justizministers verschärft und abgeändert werden.

Abg. Gardecki erklärt, es sei risikant, unter Beihilfe des Fiskus so schwere gesellschaftliche Leiden beisei-tigen zu wollen, wie es die Vernichtung durch den Krieg ist.

Abg. Sanojca kritisiert das Gesetz, besonders die Hinzurechnung der Danina zur Vermögenssteuer. Er for-dert die Ueberweisung des Gesetzes an die Kommission.

Der Antrag des Abg. Sanojca wird abgelehnt und die weitere Diskussion vertagt.

Man schreitet zum Dringlichkeitsantrag des Abgeord-neten Jaremba über die Politik der Regierung in der Feuerungsfrage. Jaremba stellt fest, daß die Re-bensmittel teuer werden. Die Regierung müsse erklären, was sie im Kampfe mit der Teuerung tue und zu tun ge-denke, um dem weiteren Steigen der Preise vorzubeugen.

Die Dringlichkeit wird angenommen.

Darauf schreitet man zum Dringlichkeitsantrag des Abg. Arkoski über das Prüfen und Mar-teln der politischen Häftlinge.

Abg. Lancucki bittet um Annahme der Dringlich-keit und um die Wahl einer Untersuchungskommission mit Teilnahme eines Mitgliedes der Fraktion des Verbandes des Proletariats von Stadt und Land.

In der Abstimmung wird die Dringlichkeit abgelehnt und der Antrag der Verwaltungskommission überwiesen.

Damit wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag. Auf der Tagesordnung steht die Diskussion über das Exposé des Finanzministers.

Die Stellungnahme des Deutschen Klubs zu „Numerus clausus“.

Rede des Abg. Uta in der Schulkommission.

Auf der heutigen Sitzung der Schulkommission befaßte sich nur ein Punkt: Numerus clausus. Der Unterrichts-minister, Herr Glabinski hat sich für die Annahme des Numerus clausus geäußert. Nach den Reden der jüdi-schen, ukrainischen und weißrussischen Vertreter, ergriß Sejmabgeordneter Uta das Wort und führte folgen-des aus:

Zu den Ausführungen der Redner habe ich nicht viel hinzuzufügen. Ich werde mich ganz kurz fassen und die Stellungnahme unseres Klubs zu der vorliegenden Novelle begründen. Die Einführung des Numerus clausus in den Hochschulen Polens für die jüdischen, ukrainischen und weißrussischen Minderheiten hat für uns Deutsche augenblicklich keine faktische Bedeutung. Auf den Hochschulen Polens studieren nach der uns hier vorliegenden

Statistik 0,12 Proz. Studenten deutscher Nationalität, während man über 6 Proz. deutscher Bevölkerung in Polen amtlich festgestellt hat. Dieses läßt sich damit erklären, daß unsere Jugend das Studieren in den berühmten Hochschulen Deutschlands in ihrer Muttersprache dem Studium in den polnischen Universitäten vorzieht. Wenn wir aus von nationalitätschauvinistischen Gründen keinen Nutzen ziehen wollten, so müßten wir eigentlich das Erschweren der Annahme unserer Jugend in die inländischen Hochschulen aufheben. Die Jugend müßte dann die ausländischen Hochschulen aufsuchen, wo ihre völligen Gefühle nur genährt und gefördert werden können. Darum kann ich die Absichten der Anhänger des Numerus clausus, die aus nationalitätschauvinistischen Gründen dieses Gesetz unbedingt durchdrücken wollen, nicht begreifen. Sie werden, meine Herren, ganz andere Resultate mit diesem Gesetz erzielen als sie eigentlich beabsichtigen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß das vorliegende Gesetz die Beschränkung der Rechte der Minderheiten im Auge hat und sich im sehr krassen Widerspruch mit unserer Verfassung befindet. Gegen solche Verträge der Erschütterung der Grundgesetze unserer Gleichberechtigung, der Konstitution müssen wir ganz energisch protestieren. Alle Vorredner haben nur von der Beschränkung der völligen Minderheiten gesprochen. Ich will hier unterstreichen, daß die vorliegende Novelle auch die Beschränkung der religiösen Minderheiten darstellt. Ich frage Sie, meine Herren von der Rechten: Was werden die evangelischen Schwestern, Diakone und andere dazu sagen, die Ihr während der Plebiszitation mit der religiösen Toleranz und mit unserer liberalen Konstitution für den polnischen Staat gewonnen habt, wenn Ihr jetzt vor ihnen die Türen der Hochschulen zu verschließen versucht? Das ist die Wiederholung der Desidentenentwertung vor der Teilung Polens. Meine Herren, Sie werden durch dieses Gesetz wenig erreichen, aber dem Ansehen unseres Staates einen großen Schaden zufügen. Sie können sich entschuldigen wie Sie wollen, die ganze Welt wird aber dieses Gesetz entsetzt beurteilen und die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Auch die Geschichte wird Ihren heutigen Schritt entsprechend beurteilen. Ich halte es für meine Pflicht, die hohe Kommission vor der Beschaffung unserer Gesetzgebung durch die Annahme dieses untoleranten Gesetzes im Namen unseres Klubs zu warnen. Wie können Sie, meine Herren, Ruhe im Lande, friedliches Zusammenleben aller Bürger und Vertrauen von Seiten des Auslandes erwarten, wenn Sie durch solche aufregende und aufrührerische Gesetze in solchen schweren Tagen, wie sie heute unser Land durchlebt, unnötige Aufregung hervorrufen? Ich glaube, wir hätten wichtigere Aufgaben, als Numerus clausus, zu erledigen.

Ich spreche mich ganz entschieden gegen die vorliegende Novelle aus.

Warschau, 19. Juni (Rad). In der Abstimmung wird folgende Formel des Abg. Konopczynski mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen: „In den weltlichen Abteilungen der politischen akademischen Schulen, sind bei der Annahme der Studenten in die einzelnen Abteilungen die Kandidaten der völligen Minderheiten, die keine besonderen akademischen Schulen besitzen, in den Grenzen und dem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Polens zu berücksichtigen.“

Lokales.

Łódź, den 20. Juni 1923.

Minister Darowski in Łódź.

Die Lohnbewegung in der Textilindustrie beigelegt: 30 Prozent Lohnerrhöhung zugesichert.

bip Angebots der künftigen Lage in der Textilindustrie.

Wichtig ist der Zweifel an dem
Miß in der Liebe und in der Eht.

Indisches Sprichwort.

25 Bräute.

Ein Schelmenroman von Wilhelm Herbert.

(55. Fortsetzung.)

Sie sah zornig auf und war im Begriffe, sich völlig zu erheben und die Klingel in Bewegung zu setzen.

Da machte er eine beruhigende Gebärde.

„Darf ich Sie von jetzt ab einfach Leska nennen?“

„Herr Baron!“ Ihre schönen, sprechenden Mienspiegeln unterhöhlte Entrüstung. „Sie sind sehr rasch in Ihren, wie ich hoffe, durchaus ehrenhaften Annäherungsversuchen.“

Und wieder lachte er.

„Freilich bin ich das“, sagte er dann rasch.

Er nahm jetzt das Testament aus der Tasche und legte es auf das kleine Mahagonitischchen, das seitwärts von ihnen beiden stand.

Auf das Testament legte er die Rechte.

Mit der Linken holte er das Englas aus dem Auge und benutzte es zur Unterstützung seiner Rede.

„Freilich bin ich sehr rasch in meinen Annäherungsversuchen. Aber ich muß sehr rasch sein. Sonst ist alles verloren.“

„Völlig verrückt!“ dachte sie. „Aber äußerst spannend. Schlimmsten Falls schlage ich das Fenster ein.“

Doch blieb er ganz ruhig sitzen.

„Meine Tante, die vorgestern hier verstorbenen Gräfin Rahel, hat mich zum Universalerben eingesetzt.“

Kürsorge Darowski aus Rationem in Łódź ein. Vom Eintreffen des Ministers wurden die Verbände der Industriellen sowie die Fachverbände verständigt.

Zuerst fand eine Konferenz mit den Vertretern der Industriellen statt, an der die Herren Biedermann, Vorsitzender des Verbandes der Industriellen, Karl Scheibler, Moritz Poznański, Döfer, Dr. Barcinski, Kernbaum, Rechtsanwalt Gabcicki, Konig, Kumpel und Pawlowski teilnahmen. Bezirksarbeitsinspektor Wojtkiewicz war gleichfalls anwesend.

Der Arbeitsminister bemerkte in seiner die Konferenz eröffnenden Ansprache, daß er in die Lage der Industriellen vollkommen einbringe und die Schwierigkeiten begreife, welche die Industrie infolge des Mangels an Geld und vor allem infolge der Valutawergrößerung durchmache. Von der Lage in den letzten Tagen schon ganz zu schweigen, da der Sturz der polnischen Mark jede Kalkulation unmöglich mache. Minister Darowski stellte andererseits aber fest, daß die Existenzmöglichkeit des Arbeiters bedenklich zu werden beginne. Der Minister wies darauf hin, daß die Industriellen nicht außer acht lassen dürfen, daß die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch in dem der Industriellen selbst liege. Gerade die Łódzker Industrie, die mit der Geschäftslage der ganzen Welt gut verknüpft ist, werde den Standpunkt des Arbeitsministeriums verstehen und zur Unterstützung desselben selbst vor bedeutenden Zugeständnissen nicht zurückweichen. Der Minister forderte zum Schluß seiner Rede die Industriellen auf, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen.

Die einzelnen Vertreter der Industrie stellten hierauf dem Minister die gegenwärtige schwierige Lage der Industrie hinsichtlich der Deckung des ungeheuren Bedarfs an ausländischen Wärlern zum Kauf der Rohstoffe vor. Es wurde darauf hingewiesen, daß in den letzten Tagen überhaupt jede Lieferung geschwunden sei und die Gefahr, die Arbeit erheblich einschränken zu müssen, mit jedem Tage drohender werde. Die Industriellen seien wohl zu Opfern bereit, da sie die schwierige Lage der Regierung verstehen, doch müßten die Zugeständnisse Grenzen haben. Die Industriellen ersuchten den Minister, der Regierung die Lage in der Łódzker Industrie in ihrem ganzen Ernst vorzutragen, damit diese der Industrie zu Hilfe komme. Die Industrie verlange keine Wohlthaten, sondern nur Verständnis für ihre Bedürfnisse. Das liege ja auch im Interesse des Staates.

Der Arbeitsminister erklärte, daß er eine Konferenz zwischen der Regierung und den Vertretern der Industrie veranstalten werde. Zum Studium der Valutafage habe übrigens der Finanzminister für die Zeit der Konferenz mit den Arbeitern den Direktor der Polnischen Landesbankdirektionsklasse Herrn Makowski nach Łódź geschickt.

Nun wurde vom Minister eine Unterbrechung anbehalten den Industriellen die Möglichkeit zu geben, die Vor schläge zu beraten.

gleichzeitig begann die Konferenz mit den Delegierten der Arbeiterverbände.

Arbeitsminister Darowski eröffnete auch diese Konferenz mit einer längeren Rede, in der er die Forderungen der Arbeiter durchaus billigte, andererseits aber auf die ernste Lage in der Industrie hinwies und die Arbeiter aufforderte, ihre Forderungen herabzusetzen. Die einzelnen Arbeitervertreter schilderten die schwere Lage der Arbeiter, die durch die niedrigen Löhne und die unerschaffene wachsende Teuerung entstanden sei. Die Arbeitervertreter bekräftigten auch die Ur laubfrage, die jedoch vom Minister aus den Beratungen ausgeschlossen wurde, da die Ausführungsbedingungen zum Urlaubsgesetz bereits unterzeichnet seien und in der nächsten Zeit in Kraft treten werden.

„Ich gratuliere.“

Er nickte oberflächlich.

„Ihr Vermögen ist außerordentlich groß.“

„Es freut mich für Sie, das zu hören.“

„Ich kann damit jedem Wunsch gerecht werden.“

Sie errödete leicht.

„Ich kann insbesondere meiner leidenschaftlichen Vorliebe für die Kunst ungehemmt nachgehen, was ich in diesem Umfange bis jetzt nicht vermochte.“

„Ein Glück für uns Künstler.“

„Aber...“

Wieder dieses tolle Lachen.

„Aber?“

„Aber meine Tante hat eine Bedingung gesetzt, ohne deren Erfüllung ich enterbt bin.“

„Sie werden sie aber erfüllen, Herr Baron.“

„Das ist nicht leicht.“

„Einen Mann wie Ihnen wird es gelingen.“

„Glauben Sie?“

„Natürlich — ich kenne die Bedingung nicht...“

Sie brannte vor Neugierde und hatte im Innersten die unklare Hoffnung, daß die Bedingung irgendwie mit ihr selbst in Zusammenhang gebracht werden könnte.

„Ich will Ihnen die Bedingung sagen.“

Er stand auf, ging an's Fenster und schaute hinaus, wie wenn er nichts gesprochen hätte und hinter ihm niemand auf der Folter gelegen wäre.

Auf dem Bürgersteig gegenüber führte eben Susanne ihr Institut vorüber.

Er betrachtete sie mit unparteiischem Interesse und wartete, bis der letzte Kleidersaum des letzten Zöglings um die Ecke verschwunden war.

Nach kurzer Unterbrechung fand dann eine gemeinsame Konferenz statt, auf der die Industriellen zunächst 20 Prozent, und dann 30 Prozent Lohnerrhöhung anboten, die auch von den Arbeitervertretern angenommen wurde.

Anschließend wurde ein Vertrag unterzeichnet, demzufolge die Grundlöhne der Arbeiter vom 18. Juni ab um 30 Prozent erhöht werden.

bip Liquidierung des Streiks der städtischen Angestellten. Auf einer gestern stattgefundenen Konferenz im Magistrat, teilte Präsident Niemcewicz den Vertretern der städtischen Angestellten und der Berufsverbände mit, daß der Herr Wojewode Rymowski erklärt habe, der Magistrat sei berechtigt, im Sinne des Vertrages die Gehälter der Angestellten ausschließlich aus seinen Mitteln zu erhöhen. Der Magistrat erklärte sich damit einverstanden, wird jedoch wegen Geldmangel die Zuschläge für April in der nächsten Woche bezahlen und die Zuschläge für Mai zusammen mit dem Juliheft. Sollte das vorhandene Geld nicht dazu reichen, so wird sich der Magistrat nochmals an die Regierung mit der Bitte um eine Anleihe wenden. Im Falle einer neuerlichen Abfrage seitens der Regierung, wird der Magistrat für die daraus entstehenden Folgen keine Verantwortung übernehmen.

Die Vertreter der städtischen Angestellten erklärten sich damit einverstanden, so daß der Konflikt als beigelegt zu betrachten ist.

bip Die Bauarbeiter bei Poznański streiken weiter. Die zur Beilegung des Streiks der 600 Bauarbeiter in der Poznańskischen Fabrik einberufene Konferenz führte zu keiner Einigung der Parteien, da der Vertreter der Fabrikleitung erklärte, daß er auf die Forderungen der Arbeiter nicht eingehen könne und drohte, im Falle einer Fortsetzung des Streiks die Arbeiter nicht mehr zur Arbeit zuzulassen. Nach der Konferenz fand eine Versammlung der streikenden Arbeiter statt, auf der beschlossen wurde, den Streik fortzusetzen.

bip Lohnbewegung. Die in den mechanischen Werkstätten beschäftigten Schuster beschloßen, eine 30prozentige Lohnerrhöhung zu fordern.

Der Industriellenverband der Metallbranche beschloß auf seiner gestrigen Sitzung, den in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitern gleichfalls eine 30prozentige Lohnerrhöhung zu gewähren.

pap. Auch die Wäscheplätzerinnen streiken. Vor gestern fand eine gemeinsame Konferenz der Besitzer der Waschanstalten und chemischen Fabriken mit den Wäscheplätzerinnen, die eine 75prozentige Erhöhung der Alltagslöhne forderten, statt. Die Arbeitgeber boten eine 25prozentige Lohnerrhöhung, worauf die Plätzerinnen jedoch nicht eintrafen und beschlossen, gestern die Arbeit niederzulegen. Da jedoch alle Plätzerinnen von diesem Beschluß nicht unterrichtet waren, nahmen einige die Arbeit auf, so daß es verschiedentlich zu Meinungsverschiedenheiten kam, da die freiliebenden Plätzerinnen in die Waschanstalten, in denen gearbeitet wurde, eindringen und ihre Kolleginnen zur Niederlegung der Arbeit aufforderten.

bip. Amtliche Lebensmittelpreise. Auf Grund der vom Regierungskommissariat bestätigten Preisliste für erste Bedarfsartikel kosten im Einzelverkauf: 1 Kg. helles Salz 1800 M., dunkles 1400 M., eine Schachtel Rohhölzer 320 M., ein Kg. 50proz. Weizenmehl 5500 M., amerikanisches Weizenmehl 6500 M.; im Großhandel kostet ein Kilo 50proz. Roggenmehl 3300 M., 60proz. Roggenmehl 3000 und 70proz. 2700 M., Mohnmehl 6000 M., das Kilo, Graue 2800 M., Kaffeeerträge 6000 M., Gerstenerträge 2800 M., Wäsche 1. Klasse 14 000, 2. Klasse 12 000 M., Soda 3000 M. das Kilo. Diese Preise vernünftigen vom 18. Juni ab.

„Eine unerhörte Grausamkeit!“ dachte die Sängerin und hätte am liebsten das Testament ergriffen und selbst gelesen. „Wie wenn es ihm ein Genuß wäre, mich zu quälen.“

Es war ihm ein Genuß. Es sollte ihm ein Genuß sein — ein Genuß, wie er noch keinen gehabt. Er wollte die Zeit, die ihm etwa noch zur Verfügung stand, für ganz erlesene Genüsse nützen, zu denen ihn die Kühnheit dieses Tages emportragen mußte.

Nun wendete er sich zurück, lachte, trat vor sie und sagte, mit dem Englas nach dem Testament deutend, während er das geheime Lechzen ihres ganzen Körpers in sich sog: „Sehen Sie, Leska, sie verlangt, daß ich mich binnen drei Tagen nach ihrem Tode bindend verlobt habe...“

Er merkte, wie es elektrisch durch sie zuckte.

„Bindend, Leska!“

Nun lachte sie — nervös — geringschäftig — übermütig.

„Binnen drei Tagen, Leska — sie ist vorgesternfrüh acht Uhr gestorben. Morgen früh acht Uhr endet die Frist. Eine Sekunde später bin ich enterbt...“

„Aber Sie werden nicht enterbt werden, Herr Baron.“

„Warum?“

„Weil Sie sich jeden Augenblick verloben können.“

„Jeden Augenblick?“

Er weidete sich an ihrer zunehmenden Verwirrung.

„Na ja!“ Sie zögerte. „Es gibt doch Damen genug.“

„Aber jede nehme ich nicht.“

„Selbstverständlich!“

„Und jede nimmt mich nicht.“

Sie schwieg.

Da ging er wieder ans Fenster.

Fortsetzung folgt.

Statistisches über Polen.

Das statistische Hauptamt in Warschau berechnet die Flächenausdehnung Polens auf 387 045 qkm und nach den genauesten Unterlagen auf 386 273 qkm. Nach dieser letzten Zählung besitzt Polen 613 Städte, 12 632 Dorfgemeinden und 4283 Höfe mit einer Einwohnerzahl von 27 160 163 oder 70,3 Personen auf einen qkm. Von dieser Zahl entfallen auf die polnische Nationalität 18 659 993, auf die anderen Nationalitäten 8 500 170 Personen. Es wohnen also in Polen 68,70 Prozent Polen. Die größte Fläche, nämlich beinahe die Hälfte der ganzen Oberfläche Polens (17 779 923 ha) nimmt Ackerland ein, einschließlich der Gärten und Pflanzungen. Ueber ein Sechstel der Fläche bedecken Wiesen und Weiden (6 328 898 ha), nahe den vierten Teil Wälder (8 933 589 ha). Unland gibt es 3 637 285 ha oder den sechsten Teil der ganzen Flächen-Ausdehnung des Staates.

Der Wert der Ackerfläche ist nicht leicht zu berechnen, da das Ackerland auf weite Strecken des Staates verschiedene Erträge liefert. Nimmt man als durchschnittlichen Wert eines Hektars Land 1000 Franken an, so ergibt sich eine Summe von 17 779 923 000 Franken, was also das Ackervermögen der ganzen Republik ausmachen würde. Wenn die ganze Bevölkerung der polnischen Republik von der Landwirtschaft leben sollte, so würde jeder Einwohner 0,65 ha erhalten oder aber zwei Morgen. Wälder gibt es am meisten in den Ostgebieten, nämlich ungefähr 4 Millionen Hektar. Kongress- und Klempolen weisen mit dem Gehirge 2 Millionen Hektar Wald auf, das Posener Gebiet kann den vierten Teil dieser Ziffer. Nimmt man den Wert eines Hektars mit 1808 Goldfranken an, so würde das Waldvermögen Polens die Summe von 11 772 Millionen Goldfranken ausmachen. Das lebende Inventar des ganzen Staates zählt 3 201 166 Pferde, 7 894 586 Stück Hornvieh, 2 178 216 Schafe und 5 170 612 Schweine. Zusammen hat also Polen 13 273 698 Haustiere.

Die allgemeine Zahl der Wohnhäuser in Polen erhebt sich bis 3 588 208, davon 466 005 Häuser in der Stadt, 9 086 153 in den Dorfgemeinden und 45 650 in Höfen.

Was das Bergwerkseigenum anlangt, so ist Polen an Rohle erheblich reicher als England, dessen Kohlenlager 106 Milliarden Tonnen betragen, während der polnische Staat unter der Erde 140 Milliarden Tonnen besitzt, wenn man nur eine Tiefe von 200 m in Betracht zieht. Der Gesamtwert an Eisenerz, Bergwerken, Kohlen, Gasen usw. würde eine Summe von 149 248 400 000 Goldfranken betragen. Verteilt man die Summe auf die Zahl der Einwohner, so würde jeder etwa 5495 Goldfranken erhalten. Diese auf eine Einzelperson entfallende Summe ist erheblich, wenn man bedenkt, daß zu einer Familie mehrere Personen gehören. Es würde im Durchschnitt auf jede polnische Familie eine Summe von 25—30 000 Goldfranken entfallen, was eine Grundlage für das Leben abgeben würde. Das wirkliche Vermögen des Einzelnen und des Landes ist aber die Arbeit und die Produktion. Von unserer Arbeit und Erzeugung wird es abhängen, ob wir imstande sein werden, diese glückliche Vermögensgrundlage in wirklichen Reichtum umzuwandeln zum Wohle der Gesamtheit.

Die städtische Steuer von den Ausländern. Die Steuerabteilung des Magistrats hat, um die Entrichtung der städtischen Steuer für die Ausländer zu erleichtern, nach dem Regierungskommissariat einen besonderen Beamten entsandt, der dort die Geldeinträge in Empfang nimmt. Auf diese Weise entrichten Personen, die ins Ausland reisen wollen, im Regierungskommissariat sowohl die staatliche als auch die städtische Pässeur.

bip. Der Kampf mit dem Wucher. Das Referat zur Bekämpfung des Wuchers beim Regierungskommissariat macht die Verbraucher auf die Verordnung des Innenministeriums vom 20. Februar d. J. aufmerksam, welche die Frage der Ausstellung von Rechnungen regelt. Gemäß dieser Verordnung sind die Kaufleute oder deren Angestellte verpflichtet, Rechnungen auszustellen. Verbraucher müssen für den Fall, daß die Kaufleute für erste Bedarfartikel übermäßig hohe Preise fordern, eine Rechnung verlangen und diese dem Referat zur Bekämpfung des Wuchers vorlegen.

Das Referat zur Bekämpfung des Wuchers zog die Fleischer Artur Wihan (Olwina 16), Sulowski (Wulcanska 58), Dylezjanowicz (Wulcanska 79), die Kooperative der Fleischergehilfen (Andrzejka 52) und den Fleischer Niemcewicz (Jelona 25) zur Verantwortung. Nach Durchführung der Untersuchung wurde die Angelegenheit nach dem Friedensgericht zum Kampfe mit dem Kriegswucher weitergeleitet.

pap. In seiner letzten Sitzung beschloß der sachverständige Beirat beim Wucheramt, sich an das Wucheramt mit der Bitte um Regelung der Angelegenheit der Preise für Kartoffeln und Mehl zu wenden. Die Kartoffeln sind im Verhältnis zu den Preisen auf dem Lande viel zu teuer. Das gleiche ist mit dem Mehl im Vergleich zu den Roggenpreisen der Fall. Einige ziffermäßige Angaben mögen zur Veranschaulichung des Gesagten dienen: Im Januar stiegen die Kartoffel- und Roggenpreise um 52, im Februar um 70, im März um 101 und im Mai um 120 Prozent. Ende Mai kolketen die Kartoffeln auf dem Lande 16 000 Mark, in der Stadt dagegen bis 30 000 Mark der Korzec. Dasselbe gilt vom Mehl, das um 120 Prozent teurer ist als der Roggen.

bip. Um eine Technische Hochschule für Lodz. Die seinerzeit eingeleitete Bewegung zur Schaffung einer Hochschule in Lodz hat insofern einen Erfolg aufzuweisen, als der Minister für Kultus und Unterricht der Delegation, die ihm eine Denkschrift überbrachte, versicherte, daß die nächste höhere Behörde, die ins Leben gerufen wird, unbedingt sich in Lodz befinden werde. Der Delegation wurde erklärt, daß in Lodz sich am leichtesten ein Polytechnikum errichten lassen würde; besonders erwünscht wäre die Schaffung von einigen Abteilungen, die mit der Industrie, beispielsweise mit der Zuckerei, zusammenhängen. Doch trifft dieses Vorhaben mit Rücksicht auf den Mangel an erforderlichen Räumlichkeiten und Werkstätten auf große Schwierigkeiten. Das Ministerium hat der neuen Anstalt keine finanzielle Unterstützung zugesichert, jedoch unter der Bedingung, daß die Lodzger Gesellschaft die im Entstehen begriffene Hochschule gleichfalls unterstützt. Angesichts dessen wird sich in allerhöchster Zeit die Abordnung an die Lodzger Industriellen wenden, um über deren Standpunkt Klarheit zu gewinnen und um sich die für den Beginn des Baues eines Polytechnikums erforderlichen Mittel zu sichern. Man trägt sich auch mit dem Gedanken, in der staatlichen Zehntelschule vorläufig einige Abteilungen des Polytechnikums unterzubringen. Es dürfte dies jedoch erst dann möglich sein, wenn dem Bezirksgericht ein anderes Gebäude zur Verfügung gestellt sein wird.

bip. Die amerikanischen Gelehrten in Lodz. Gestern trafen um 9.50 Uhr die beiden angekündigten amerikanischen Gäste Dr. Paul Monroe und Dr. William Russell in Lodz ein, um sich über den Stand des Schulwesens und der Jugendbildung, besonders auf sportlichem Gebiet, zu unterrichten. Die Gäste wurden am Bahnhof vom Präsidenten Kzewski, dem Senator Kowalski, dem Schöffen Gacki, den Vertretern des Schulkuratoriums Grabinski und Kern sowie den Vikariaten Krznowolski und Szowski, den Vertretern des Lehrerkomitees Koczyl und Darli und dem Vorsitzenden des Vereins der Mittelschullehrer Radkowski empfangen. Nach der Begrüßung lud der Magistrat die Gäste zum Abendessen in das Grand-Hotel ein, während welchen mehrere Reden gehalten wurden.

Für den heutigen Tag steht das Programm den Besuch einer ganzen Reihe von Schulen, darunter auch der im Bau stehenden, sowie die Besichtigung der Ausstellung von Volksschularbeiten vor. Um 1 Uhr nehmen die Gäste im Grand-Hotel an einem vom Lehrerkomitee gegebenen Mittagessen teil, worauf sie die Industriewerke von Schelller und Grohmann, die städtische Bücherverleihstelle und das städtische psychologische Institut besichtigen werden. Um 5 Uhr werden die Gäste im Gelenkloft an den Sportspielen der Schulkinder teilnehmen, worauf um 8 Uhr im Grand-Hotel ein vom Kuratorium des Lodzger Schulbezirks gegebenes Festessen stattfinden wird. Die Gäste verlassen um 11 Uhr abends Lodz, um ihre Reise nach Posen fortzusetzen.

pap. Die Konditorwaren sollen um die Hälfte erhöht werden. Die Konditorienbesitzer wandten sich an das Referat zur Bekämpfung des Wuchers mit dem Antrag, die Preise in den Konditorien um 50 Proz. zu erhöhen. Im Zusammenhang damit wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen im Referat zur Bekämpfung des Wuchers eine Konferenz der Konditorienbesitzer unter Hinzuziehung von Konsumenten und Sachverständigen einberufen werden, auf der die Preissteigerung der für die Konditorien in Frage kommenden Artikel festgestellt werden soll.

bip. Familienskandale. Der Komorsta 70 wohnhafte Einwohner Teofil Brandt, ein notorischer Trinker, lebte mit seiner Frau Marianna dauernd in Unfrieden. Es herrschte zwischen ihnen Zank und Streit, der oft in Schlägerei ausartete. Der Gekränkte hatte bereits einmal einen Selbstmordversuch unternommen und sich die Adern aufgeschnitten; er konnte jedoch gerettet werden.

Gestern kam Brandt wie gewöhnlich betrunken nach Hause, fing mit seiner Frau einen Streit an, zog im Verlaufe desselben ein Messer aus der Tasche und stieß es der Frau in die Brust. Der Stoß wurde jedoch glücklicherweise durch die zur Abwehr erhobene Hand gemildert und war nicht tödlich. Die aus der Brust und Handwunde blutende Frau lief laut um Hilfe rufend auf den Hof, wo sie bethäubt zusammenbrach. Teofil Brandt aber schnitt sich mit demselben Messer den Hals durch und war auf der Stelle tot. Er hinterläßt außer der verwundeten Ehefrau, die vom Rettungswagen ins Spital geschafft wurde, vier Kinder.

bip. Streik der Packer und Wäcker. Da die Industriefirmen die seinerzeit gestellten Lohnforderungen der Packer, Wäcker u. s. w. nicht berücksichtigt haben, ist in 17 Fabriken dieser Arbeiter ausgebrochen, wodurch die Versendung der Waren unmöglich gemacht wurde.

Der Fluch des Dollars. Am Sonntag nachmittag erhängte sich in seiner Wohnung Baska 35 der 42jährige Wozel Bogdan. Der auf so tragische Weise aus dem Leben Geschiedene war der jüngste Bakulatastrophe zum Opfer gefallen. Er hatte vergangene Woche zu einem verhältnismäßig niedrigen Dollarkurs seine Waren verkauft und da er sich nicht mehr durch neue Käufe eindenken konnte, verübte er aus Verzweiflung Selbstmord. Bogdan hinterließ zwei Kinder und eine sich in schlechten Umständen befindliche Frau, die auf die Schreckensnachricht hin eines Abendes genas.

pap. Entführt. Der Obankla 17 wohnhafte Wladyslaw Dzywicki meldete der Polizei, daß eine unbekannte Frau seine 5-jährige Tochter entführt und gleichzeitig ihm goldene Ohrringe im Wert von 800,000 M. gestohlen habe.

Der Zuckermangel.

Was das Wucheramt darüber sagt.

pap. Angesichts des in unserer Stadt verbreiteten Gerüchts, daß allein das Amt zur Bekämpfung des Wuchers die Schuld an dem in der Stadt Lodz herrschenden Zuckermangel trage, begab sich unser Mitarbeiter zum Leiter des Amtes zur Bekämpfung des Wuchers Dr. Grabowski, der ihm folgendes mitteilte:

Von unbekannten Personen wurde in der ganzen Stadt das Gerücht verbreitet, daß sich seinerzeit mehrere Kaufleute an mich gewandt haben, die mir gegenüber erklärt haben sollen, daß sie selbst Zucker aus den Zuckerraffinerien zu 7000 M. für das Kilo beziehen wollten. Diesen Herren soll ich erklärt haben, daß ich dies nicht gestatte, da der Zuckerpreis 6700 Mark das Kilo sei, der Zucker, der nach Lodz gebracht werden sollte, wäre nach Danzig ausgeführt und von dort nach Lodz gebracht worden und werde jetzt zu 13 000 bis 20 000 Mark für das Kilo verkauft. Ich erkläre hiermit, daß bei mir eine Abordnung von Kaufleuten nicht vorgesprochen hat. Was den aus Danzig eingeführten Zucker betrifft, so ist dies kein inländischer, sondern holländischer Zucker. Die obigen Gerüchte werden nach meiner Ansicht von den Wucherern selbst verbreitet, die die ganze Verantwortung für den Zuckermangel auf die ausländischen Regierungsfaktoren abwälzen wollen.

Ueber die Ursachen des Zuckermangels erzählt die „Kattowitzer Zeitung“ die Ansichten dortiger Großhändler, wonach sich die Sachlage etwa so darstellt: „Der Zuckergroßhandel ist in der Zuckerraffinerie zu Posen konzentriert, hinter der die Zuckerproduzenten stehen. Diese Raffinerie haben bei Beginn der Zuckerkampagne 1922/23 vorhanden, die erwarteten Produktionsergebnisse so günstig darsustellen, daß die in Frage kommenden Ministerien die Ausfuhr einer größeren Menge von Zucker gestatteten, als der Inlandsbedarf eigentlich erlaubte. Dazu kommt noch, daß die Zuckerraffinerie bei Beginn der Kampagne 1923/24 über möglichst große Bestände an Zucker verfügen möchte, um von den Ministerien dann die Erlaubnis zur Ausfuhr von noch größeren Zuckermengen als im Vorjahre zu erhalten. Aus diesen Gründen hält die Zuckerraffinerie den Zucker seit einiger Zeit zurück.“ Soweit das genannte Blatt, das selbst erklärt, es könne nicht nachprüfen, ob die obigen Angaben zutreffen. — Wie wir aus hiesigen Handelskreisen hören, werden diese tatsächlich nur in weit geringerem Ausmaß geliefert, als es der Nachfrage entspricht, und zwar wird angenommen, daß an dem Zuckermangel weniger eine Zurückhaltung der Waare durch die Zuckerraffinerie, als vielmehr die nun einmal erfolgte zu große Ausfuhr schuld sei. Wenn diese Annahme zutrifft, dann wäre das nachfolgende Mittel, die Einfuhr von Auslandszucker, die zurzeit gesperrt ist, freizugeben. Ob aber dieser Ausweg gewählt werden wird, ist zum mindesten zweifelhaft.

pap. Ein Messerstecher. Der Bawiska 13 wohnhafte Josef Glowinski wurde in der Wulcanska 8 (Guluth) von einem gewissen Marian Dominik Kobrynski durch fünf Messerstiche schwer verletzt, so daß er in ernstem Zustand in das Spital in der Drewnowiskastrasse gebracht wurde. Kobrynski wurde verhaftet.

bip. Auf dem Valuter Platz wurde ein gewisser Soleslaw Zariski, wohnhaft Bzochobnia 13, durch einen Revolverstoß schwer verwundet. Ein Wagen der Unfallversicherungsgesellschaft brachte ihn in das Krankenhaus in der Drewnowiska.

bip. 3 Jahre Gefängnis für einen Militärarzt. Vorgestern verhandelte das Militärgericht in einem Prozeß gegen den Militärarzt vom Reservebataillon des 31. Schützenregiments Hermann Wargelmann, der angeklagt war, seit Oktober 1919 in seiner Eigenschaft als Bataillonsarzt Medikamente aus dem Ambulatorium entwendet zu haben. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, daß sein Burche ständig Witz, die für kranke Soldaten bestimmt war, vom Sanitätslager nach der Privatwohnung des Angeklagten getragen habe, ferner, daß Wargelmann sich den Mantel eines kranken Soldaten aneignete, aus dem er sich einen French anfertigen ließ, während er den Soldaten in zerissenem Mantel nach seinem Zuppenteil zurückschickte. Ferner wird in der Anklageschrift gegen Wargelmann der Vorwurf erhoben, daß er, als seine Untergebenen Anzeige erstatteten, am 29. April 1920 ins Ausland geflohen sei, weil er wußte, daß nach ihm gefahndet wird und er als Deserteur keinen Anspruch auf Amnestie habe.

Der Angeklagte bekannte sich nicht zu dem ihm zur Last gelegten Diebstahl und betriebs der Fahnenflucht erklärte er, daß er sich aus Furcht vor Strafe in Warschau aufgehalten habe, von wo er sich infolge seiner Zuckerkrankheit nach Poppo begab. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft und 6 Monaten Strafurlaub durch die Amnestie, ferner zum Verlust des Arztediploms, Ausstoßung aus dem Heere und Verlust der Rechte.

Vom Wetter. Die gegenwärtige kalte, regnerische Witterung wird sich in der Folgezeit nur langsam ausgleichen. Vorläufig sind noch keine Anzeichen für eine durchgreifende Besserung vorhanden. Die Luftdruckverteilung über dem Atlantischen Ozean mit einem weit nach Norden ausgehenden Gebiet hohen Luftdruckes läßt uns noch im Bereich der kalten Nordwestwinde bleiben, die in kürzeren Abständen immer wieder Regenschauer bringen. Doch dürfte sich wohl die Erfahrung bestätigen, daß nach Abschluß dieser typischen Jani-Kälteperiode, daß heißt nach der Junimitte, normaleres Sommerwetter eintritt.

Beträchtigt man noch die Luftdruckverteilung, welche die neuesten Messungen von der Ostküste Nordamerikas ergeben, so kann man wohl annehmen, daß ein bei Neufundland liegender starker Tiefdruckwirbel, den hohen Luftdruck im Norden des Atlantik bei Island verdrängen wird. Damit würden für unser Gebiet die kühlen Nordwestwinde abgeschnitten und in wärmere Südwestwinde übergehen. Diese Lage verspricht also eine Besserung für die Mitte nächster Woche, wenigstens im Hinblick auf die Temperaturverhältnisse.

Unfälle. Der Slowianka 14 wohnhafte Valentin Kolesnik melbete der Polizei, daß seinem 10-jährigen Sohn, Anton, der auf dem Platz in der Slowiankastraße hütete, eine Kuh mit dem Horn das linke Auge ausgeschlagen habe. Ein Arzt der Unfallversicherungsanstalt erteilte dem Verletzten die erste Hilfe und ordnete seine Überführung in das Anna-Maria-Spital an. — In der Fabrik von Mark, Rouffau und Komp., Konta 17, wurde der Arbeiter Wojciech Weila beim Ablösen von Wolle aus der Maschine an Fingern und Gesicht verletzt. Ein Arzt der Unfallversicherungsanstalt erteilte ihm die erste Hilfe.

Spende. Uns wird geschrieben: An Stelle eines Kranzes auf das Grab des Gustav Kranz in Radomskul spendeten Herr und Frau Erwin Weber 5000 Mark zu Gunsten der St. Matthäuskirche. Jüngsten Dank und Gottes Segen den edlen Spendern. Der Herr tröste die trauernden Hinterbliebenen. Pastor J. Dietrich.

Spende.

Für die Epileptiker des Hauses der Barmherzigkeit: 10,000 Mark von H. H. Mit dem bisherigen 315,750 Mark.

Kunst und Wissen.

Erhöhung der Bücherpreise. Die Schlüsselzahl mit der die Grundpreise des deutschen Buchhandels multipliziert werden müssen, um den Verkaufspreis zu errechnen, ist auf 5000 erhöht worden.

Heilung der Paralyse? Im Verein für Physikalische und Neurologie in Wien hielt Dr. Dittner, Assistent des Professors Wagner-Jauregg, vor zahlreichen Ärzten einen Vortrag über die vielfachen Heilerfolge nach einer neuen Methode Wagner-Jaureggs. Während noch Krafft-Ebing unter 2500 Fällen keinen einzigen geheilten Paralytiker finden konnte, wurde jetzt in Wien und Prag in den Kliniken in mehr als 800 Fällen eine bedeutende Besserung, in hohen Prozentsätzen vollständige Heilung herbeigeführt. Die Wassermannsche Reaktion wurde negativ, die Spirochäten verschwanden aus dem Blute, arbeitsunfähig gewordene Paralytiker konnten wieder ihrem Beruf nachgehen, Kranke, die ihre Sprachfähigkeit eingebüßt, gelangten wieder ganz oder teilweise zum Sprachvermögen. Das Verfahren besteht darin, Kiefernblätter künstlich zu erzeugen, nachdem man festgestellt hatte, daß die Malaria bei Paralytikern günstige Veränderungen hervorgerufen hatte, weil das hohe Fieber die im Blute befindlichen Spirochäten vernichtete. Nur in sechs Fällen blieb die Methode Wagner-Jaureggs wirkungslos, und ein einziger Fall endete mit dem Tode des Patienten.

Eine graphische Kunstausstellung in Lodz. Wie wir erfahren, gelangen in den nächsten Tagen Aquarelle, Zeichnungen und Graphik bedeutendster Meister des 20. Jahrhunderts in den Räumen des Grand-Hotels zur Ausstellung. Wir kommen auf diese Ausstellung noch zurück.

Sport.

Die Fußballwettkämpfe um die Meisterschaft der Klasse „C“.

Die am Sonnabend und Sonntag ausgetragenen Wettkämpfe hatten folgendes Ergebnis:

Wettkämpfer — Achtung	2:0
Concordia — 10. Ver. Reg.	4:1
G. M. S. — Spuria	6:0
Sokol — Jutrzenka	3:2
Pogon — 14. Dogn. Gendarm.	3:1
Pogon — Samson	1:1
Amateurs — Perzja	3:0
Spolem — S. R. S.	2:0
Rapid — Lodzianka	8:0
Union III — S. P. u. T. R. III	5:4
28. G. Reg. III — S. R. S. III	3:4
Sirzelo — Domb	4:0

Gesellschaftsspiel.

Pogon-Posen — 28. Kan. Schützen-Regt. 1:3

Die Posener „Pogon“, die vor kurzem in Lodz weilt und von der „Union“ mit 7:0 besiegt wurde, holte sich am Sonntag abermals eine Niederlage in Lodz. Das 28. Kan. Schützen-Regt. war seinem Gast weit überlegen und fertigte denselben mit 3:1 ab. Obwohl an diesem Tage kein anderweitiges Spiel stattfand, war der Sportplatz sehr schwach besucht. „Pogon“ hat in Lodz ihr Renomé verloren und übt auf ein Publikum, das guten Sport sehen will, keine Anziehungskraft mehr aus. Den Lodzer A-Klasse-Vereinen ist zu raten, solche Mannschaften niemals mehr für Lodz zu verpflichten.

Das letzte internationale Fußballwettkampf in Lemberg zwischen den Sportklubs „Pogon“ (Lemberg) und „Eintracht“ (Leipzig) endigte mit 7:1 (5:0) zugunsten der „Pogon“.

In der vergangenen Woche spielte die Leipziger Fußballmannschaft auch zweimal gegen die Krakauer „Cracovia“.

Das erste Treffen endete zugunsten der „Cracovia“ mit 4:2, das zweite — unentschieden (1:1).

Fußballwettkampf auf 1000 Meter Höhe. Eine englische Fußballgesellschaft, die sich zurzeit in der Schweiz aufhält, hat sich den Gipfel der „Jungfrau“ zu einer Partie Fußball ausgemählt. In einer Höhe von 4000 Metern, auf einem Eisplateau, dürfte zwar der Fußball nicht gerade ungefährlich sein, doch scheint das erste derartige Sportereignis ohne Zwischenfall zum Ausbruch gebracht worden zu sein.

Vom Film.

Rasolnissow im „Luna“. Ein erger Kreis von Lodzer Kinofreunden hat sich am Montag zu später Abendstunde in den Räumen des Kinobeauchers „Luna“ versammelt, um der Lobzer Erkaufung des Films „Rasolnissow“ nach Polowitsch „Schuld und Sühne“ beizuwohnen. Man wußte von der Direktion des Kinos dafür Anerkennung zollen, daß sie wieder mit einem Film aufwartet, der so ganz, ganz anders gerichtet ist, als Filme es gewöhnlich sind. Sein Gedankengang, der übrigens wohl den meisten unserer Leser bekannt sein dürfte, ist kurz folgender:

Rasolnissow, ein armer Student, gelangt nach einsamen Gräbeln in seiner Kammer zu dem Schluss, daß der „Hebammen“ über dem Gesetz steht, und als solcher ein Verbrechen begehen dürfe, wenn er überzeugt ist, daß er dadurch dem Fortschritt der Menschheit diene. In Verfolg dieses Grundgedankes ermordet er in einem Zustand höchster nervöser Ueberreizung eine Wundheilerin, die ihm und so viele Andere unglücklich gemacht, mit der Art. Ihre Schwester die nach vollbrachter Tat in das Zimmer kommt, fällt eben als dem Mörder zum Opfer. Aber das Gewissen schläft nicht und nach den fürchterlichsten Seelenkämpfen, während der er sich als der Mörder wiederholt verurteilt, stellt er sich der irdischen Gerechtigkeit. Damit schließt das Stück.

Vor unseren Augen entrollt sich ein Bild, das in seiner ununterbrochenen Kette von grellen Bildern — auch die Dekoration ist darauf eingerichtet, alles, selbst die Häuser, schief, verzerrt, verfallen, kurz auf Dissonanz berechnet und getrieben — das Seelenleben der handelnden Personen widerpiegelt — Herz und Nerven des Zuschauers mächtig packt. Am grausigsten wirkt der Traum des von gewissenhaften gequälten Morders, der einem förmlich kalte Schauer über den Rücken jagt. Nicht umsonst trägt an der nervenerschütternden Wirkung des Stückes das grauenvolle, wahrheitsgetreue Spiel der Darsteller, namentlich G. Chmaras in der Hauptrolle, bei, welches nicht nur in überreicher Dämonie uns die Seelen der Parolnissows vor Augen führt, sondern in Hand damit auch die Wut, die dem Stück gut angeht.

Man a'met erleichtert auf, wenn man wieder auf die Straße heraustritt, und das Auge sich an Harmonie und Regelmäßigkeit weiden kann. Jedem, der nach all den gewöhnlichen Durchschnittsfilmen wieder einmal etwas Außergewöhnliches, Bardenes und vor allem Gedanken Anregendes sehen will, sei der Besuch des Stückes wärmstens empfohlen.

Ein Roman Russlands im Film. Mussolini erinnert sich in diesen Tagen, früher auch einmal Romanschaffsteller gewesen zu sein. Das „Giornale d'Italia“ besagt, daß der Ministerpräsident, in Wohlgefallen mit dem Kaiserlichen Kaiser, das Recht anzuweisen, seinen im Jahre 1918 veröffentlichten Roman „Popolo di Trento“ zu verfilmen. Der Roman spielt im Trento im 16. J., als Kardinal Carlo Emanuele von Mantua Fürstbischof der Stadt war.

Aus dem Reiche.

Befehl. Berichterstattungsversammlung. Am Sonntag hielt Herr Sejmabgeordneter A. Uta in Lodz eine Berichterstattungsversammlung für die Wähler der Liste 16 ab. Da nicht alle Wähler die deutsche Sprache beherrschten, hat der Abgeordnete polnisch gesprochen. An dieser Versammlung nahmen außer einer großen Anzahl der Deutschen, Litwen und Juden auch viele Polen aus allen Parteien teil. Der fast eine Stunde dauernde Bericht wurde von allen Versammelten mit großem Interesse angehört. Die Bildung der neuen Sejmwehrheit und der Regierung wurde besonders ausführlich beleuchtet. Nach dem Bericht wurden an den Sejmabgeordneten verschiedene Fragen gestellt. Vor allen Dingen interessierte man sich für die Gründe der Entwertung der polnischen Mark und die Steigerung der Deuerung. Abg. Uta wies darauf hin, daß das Ausschalten der völkischen Minderheiten und der linken Arbeiter- und Bauernparteien von jeglichem Einfluß auf die Wirtschaft und die Verwaltung des Landes, der Rücktritt Wladislaw und seiner Anhänger unzweifelhaft ernste Bedenken in verschiedenen Finanzkreisen erwecken und auf den Kries unserer Mark ungünstige Wirkung ausüben mußte. Nur eine Restierung, die sich des Vertrauens des ganzen Landes erfreuen können wird, wird auch das Vertrauen der ausländischen Finanzkreise gewinnen können. Eine Garantie für den inneren und äußeren Frieden wirkt beruhigend auf die Gemüter der Menschen und schließt vor solchen Erschütterungen, wie wir sie gegenwärtig erleben müssen. Für die jetzige Lage ist die neue Sejmwehrheit und ihre Regierung ganz und voll verantwortlich. Die Deutsche Fraktion unterstützt diese Regierung nicht und kann auch für ihre Tätigkeit keine Verantwortung übernehmen.

Dann beschwerten sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Tätigkeit der Verwaltung der Krakau-Lokale. Die Verhältnisse sind für beide Seiten untragbar geworden und haben sogar zu einer Krisis in der Krakauer Industrie geführt. Die Deutschen beschwerten sich, daß die Schulbehörde ihnen den deutschen Lehrer weggenommen und einen Polen angestellt hat. Die evangelischen Kinder sind ohne Religionsunterricht und die deutsche Sprache wird in der Schule von einem Polen sehr mangelhaft unterrichtet. Die Deutschen haben seitherzeit auf die deutsche Unterrichtssprache verzichtet, weil man ihnen eine schriftliche Garantie gegeben hat, daß in der Krakauer Schule stets ein deutscher Lehrer

tätig sein wird, der ihre Kinder Religion und deutsch unterrichten wird. Jetzt sehen sich die Deutschen fürchtbar enttäuscht und bedauern seitherzeit den Polen geglaubt zu haben. Dies müßte für andere deutsche Gemeinden eine Warnung sein. Abg. Uta versprach, diese Klagen an maßgebender Stelle vorzutragen und für Abhilfe zu sorgen.

Aus aller Welt.

Der Veltina in Tätigkeit. Zu dem bereits gestern gemeldeten Ausbruch des Veltina wird uns noch telegraphiert: Die dem Krater des Veltina entstehende Lava hat sich auf die Nachbargebirge ausgebreitet, wobei viele Ansiedlungen zerstört wurden. Ueber Glardeni und Taormina geht ein Steinhaufen nieder. Der Lavaström erreicht eine Tiefe von 10 Metern und bewegt sich mit einer Schnelligkeit von 20 Metern in der Stunde vorwärts. Ränge der Linie Lingua-Croffa und Castiglione haben sich durch die Erschütterungen zahlreiche Risse und Spalten gebildet. Aus allen Rissen kommen Wogen, die die Flüchtlinge aufzuheben und sie in Sicherheit bringen.

Amundsen's Rückzug. Amundsen hat seinen Plan, den Nordpol mit dem Flugzeug zu erreichen, aufgegeben, da die bisherigen Versuche kein befriedigendes Ergebnis zeigten.

Handel und Volkswirtschaft

Stinnes in Lodz.

Was die Lodzer Großindustriellen darüber denken.

Die Nachrichten über die von Stinnes getroffenen Vorbereitungen zur Beherrschung der Textilindustrie des Lodzer Bezirks haben in der ganzen polnischen Presse ein lautes Echo ausgelöst. Da die Operationen von Stinnes, sofern sie gelingen sollten, unzweifelhaft einen größeren Umfang annehmen würden, so wandte sich die „Republika“ an die hervorragendsten Vertreter der Grossindustrie, um deren Meinung in dieser Angelegenheit einzuholen. Ihre Umfrage fasste sie in folgenden drei Punkten zusammen: 1. Wie steht die Industrie der Möglichkeit eines Eindringens fremden Grosskapitals in den Lodzer Bezirk gegenüber? 2. Welche wirtschaftlichen Folgen könnte ein solches Eindringen des fremden Kapitals haben? 3. Ist es der Industrie als solcher möglich, ähnliche Versuche zu vereiteln? Die Antworten auf obige Fragen fielen wie folgt aus:

Dr. Alfred Biedermann, Vorsitzender des Verbandes der Textilindustrie in Polen:

Ich glaube nicht, dass in der gegenwärtigen Zeit ausländische Kapitalien besondere Bestrebungen zur Beherrschung der Hochburgen der polnischen Industrie verfolgen. Ueberdies muss ich bemerken, dass sogar dann, wenn irgend eine Ausländergruppe sich einen Einfluss auf einen gewissen Teil unserer Industrie sichern sollte, dies immer noch keine gefährliche Konkurrenz für uns bilden würde. Ich glaube auch, dass eine solche Gruppe nicht auf die Erlangung politischer Einflüsse würde rechnen können. Was die Möglichkeit einer Vereitelung der Aktion jener Ausländergruppe anbetrifft, die nach einer Besitzergreifung unserer Industrie strebt, so kann solches nur dadurch erfolgen, dass sich die einzelnen Industriellen diesen Absichten widersetzen.

Herr Moritz Poznanski, Vizevorsitzender der Verwaltung des Verbandes der Textilindustrie in Polen:

Ich bezweifle die Möglichkeit einer Beherrschung unserer Industrie durch das fremde Kapital. Diese Ansicht stütze ich auf den Charakter der Textilunternehmen. Befinden sie sich doch in den Händen der Gründer erworbener Fabriken oder in denen ihrer Familien oder auch in den Händen von Personen, die durch eigene Arbeit Industriewerke geschaffen haben. Es ist klar, dass unter solchen Umständen eine — wenn ich mich so ausdrücken darf — „Nationalisierung“ der Industrie wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat. Sie wäre nur dann möglich, wenn der Ankaufspreis um ein Vielfaches den tatsächlichen Wert der Unternehmen überschreiten würde. Und eine solche Kombination ist gegenwärtig ganz entschieden nicht aktuell. Eine eventuelle Besitzergreifung der schwachen Unternehmen der mittleren oder Kleinindustrie kann nicht als geschlossenes Vorgehen aufgefasst werden. Ausserdem ist es unmöglich, dass die polnische Industrie mit Rücksicht auf ihre ausgedehnten finanziellen Beziehungen unter den überwiegenden Einfluss einer ausländischen Kapitalistengruppe gestellt werden kann. Zu einer wenn auch teilweise Besitzergreifung der Industrie braucht man Hunderte von Millionen Dollar. Die Aktion von Stinnes, der bisher keinen Einfluss auf die Textilindustrie irgend eines Landes ausgeübt hat, würde unter solchen Umständen grosse Hindernisse zu bewältigen haben. Sollte es auch dem Ausland gelingen, wenigstens zum Teil einen Einfluss auf gewisse heimische Unternehmen zu erlangen, so wären sie (die Einflüsse) doch nicht ganz ungefährdet. Denn da wir in unserer Stadt Leute

haben, die vortrefflich sowohl den technischen als auch den kaufmännischen Teil der Fabrik zu leiten verstehen, so würde auch das ausländische Kapital mit Rücksicht darauf, dass es nicht über die Mehrzahl der Aktien verfügen würde, einen sehr beschränkten Wirkungskreis haben.

Herr Heinrich Grohmann, Vorsitzender der Vereinigten Aktiengesellschaften K. Scheibler & L. Grohmann:

Ich bemerke grundsätzlich, dass ein Einbringen des ausländischen Kapitals in die bestehenden Betriebe nur insofern erwünscht wäre, als sie gehörig exploitiert sind. Es wäre jedoch erwünscht, dass keine Aenderung der bisherigen Kräfteverteilung in unserer Industrie eintrete. Jedenfalls wären gewaltsame Aenderungen schädlich. Ich habe Hoffnung, dass Lodz die augenblickliche Krisis überstehen und der Besitzstand keine radikalen Aenderungen erfahren wird. Man darf hoffen, dass sie sich den eventuellen Vorschlägen von Stinnes gegenüber ablehnend verhalten wird. Ich täusche mich jedoch nicht, wenn ich behaupte, dass die Industrie als Ganzes einer gut organisierten und planmäßig geleiteten ausländischen Aktion Widerstand leisten könnte. Nur der Standpunkt der einzelnen interessierten Industriellen kann einen entscheidenden Einfluss ausüben.

Herr Oskar Kon, Vorsitzender der Verwaltung der Aktiengesellschaft der Widzower Baumwollmanufaktur:

Ich erachte den Zufluss ausländischer Kapitalien als erwünscht. Jedoch dürfen sie keine starke Finanzgruppen darstellen. Daher muss

auch Stinnes mit Rücksicht auf seine finanzielle Macht als gefährlicher Konkurrent angesehen werden. Wenn Stinnes seine Tätigkeit auf dem hiesigen Industriegebiet bezäune, so würde dies nicht ohne Einfluss auf die Gestaltung der bisherigen Bankbeziehungen bleiben. Da aber unsere Industrie naturgemäß in überwiegendem Maße von den Banken abhängig ist, so müssten sich auch diese in polnischen Händen befinden. Was die Aenderungen des bisherigen Besitzstandes anbelangt, so können solchen nur die Industriellen vorbeugen, indem sie jedem gefährlichen Beginnen der finanziell starken ausländischen Gruppierungen Widerstand leisten.

Ein Zloty 20,000 Mark. Das Finanzministerium hat mit Wirkung vom 19. Juni d. M. den Emissionspreis der 6-proz. Zlotyschatzbons auf 20,600 Mk. festgesetzt.

Warschauer Börse.

Warschau, 15. Juni.

Ein schwarzer Tag der Börse.

Gestern wurden an der Warschauer Börse fremde Valuten nicht notiert.

Auf Verfügung des Finanzministers wurde die Tätigkeit der Warschauer Börse bis auf weiteres eingestellt. Die Devisenrechte wurden allen Banken bis zu einer Überprüfung aufgehoben.

Diese Banken sind verpflichtet, bis Freitag, den 22. Juni, der Polnischen Landesdarlehenskasse ihre Restbestände zu überweisen.

Die Warschauer Börse notierte gestern nur Aktien.

Aktien.

(Notiert in Tausenden.)

Diskontobank 350 365, Handel und Industriebank 135-120 125 — 8. Em. 100 110 Lemberger Industriebank 26 30 28, Arbeitergenossenschaftsbank 200 220 210, Polnische Handelsbank 120 165, Potaschwerke 325 340, Puls 350 360, Chodorow 380 320 350, „Czestochowa“ 1500, Mienatow 175 203, 222.5, Firley 72 76 — 5. Em. 62, Holzgesellschaft 24.5, Cegielski 105 83-93, Modrzew 420 500 410, Ostrowiecer-Werke 490 535, 505 — 5. Em. 450 510 490, Rudzki 190 215 190 — 3. Em. 185, 190, Pociak 63 87.5 85, Zieloniewski 540 575 550, Borkowski 105 87 90, Schiffahrtsgesell. 35-39 37, Cmielów 90-95 90, Haberbusch 200-215, Nobel 210 220-230, Elektrizitätsges. 450, Lenartowicz 26 38 37 — 3. Em. 24 30, Trzebiatka 85-75 90, Polnische Elektrizitätsges. 40-47.5 45, Handelsbank 450-475, Kreditoank 90 95, Warschauer Industriebank 50, Westbank 520-630, Landw. Bank 95 92 95, Kleinpolnische Bank 24 22, 23, Kijowski 195 190, Wildt 45 40, Czersk 800 870-850, Gostawice 370-395-380, Zuczergea. 1950 1750-1800, Lasy 28-35 5, Kohlenges. 450 375 392.5, Lilpop 120 137.5 130, Norblin 105, 125-112, Ortwein 49, Rohn & Zieliński 70-100, Starachowice 360 390 365 (ohne Kupon), Ursus 260 272.5 — 2. Em. 90 130, Lokomotivenges. 200 220 210, Zyrardow 10-12 Mill., Jablkowsey 32 37, Spiess 140 100, Hartwig 70, Naphtha 90 55, Pustelnik 90 85 87.5, Spiritus 290-290 280, Belpol 23-25, „Sila i Swiatlo“ 120 110, Zawiercie 13-14 Mill., West-des. für Handel 21 25

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hauptgeschäftsführer Adolf Kargel. — Druck und Verlag: „Libertas“ Verlagsgesellschaft m. b. H. Verlagsdirektor, Dr. E. N. Behrens.



Radogoszcz Turnverein.

Am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags von 2 Uhr ab, im Häuslerschen Park in Radogoszcz

Großes Garten-Fest

verbunden mit turnerischen Vorführungen und verschiedenen Ueberraschungen für groß u. klein sowie Tanz.

Zu diesem Feste werden alle befreundeten Vereine und Gönner des Vereins höflichst eingeladen. Besondere Einladungen an die Vereine werden nicht versandt.

Bei ungünstiger Witterung wird das Fest auf Sonntag, den 1. Juli verlegt.

Krempelmeister,

erste Kraft, in einer größeren Streichgarn-Spinnerei tätig, wünscht sich zu verändern. Gefl. Angeb. unter „G“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Francesco Nitti
„Europa am Abgrund“.

Die Vollausgabe dieses Buches, das in der ganzen Welt ein leidenschaftliches Echo erweckt hat, ist zum Preise von 2000 M. v. durch die Geschäftsstelle der „Freien Presse“ zu beziehen.

1888

Für das Kontor einer hiesigen Aktien-Gesellschaft wird per sofort

Stenotypistin

für deutsch und polnisch gesucht. Es wird nur auf eine ganz sicher und flott arbeitende Kraft reflektiert. Kenntnisse der englischen und französischen Sprache erwünscht. Selbstgeschriebene Off. nimmt unter „Stot“ die Geschäftsst. d. Bl. entgegen.

Polnisch-deutscher Korrespondent

wird für ein Expeditionsbüro gesucht. Off. mit Lebenslauf an die Geschäftsstelle d. Bl. unter „Expedition“.

Für Oberschlesien!

Gut (angeführter) Reisender, bei Schneidemesser, sucht Vertretung einer Leuchtkraut. Großer Umsatz garantiert. Best. Offerten erbittet Konrad Rudol. Sauer, bei Zorn, G. St.

Bydgoszcz

Technisches Bedarfsartikel Geschäft sucht einen Verkäufer aus der Branche, der gleichzeitig die Expedition leiten kann, ebenso einen Lehrling. Angebote unter „1871“ an die Geschäftsst. d. Bl.

Ein Herr
mit etwas Vermögen, wünscht die Bekanntschaft einer Dame, nicht unter 30 Jahren, zwecks späterer Heirat. Bitte von gef. Off. unter „A“ an die Geschäftsst. d. Bl. 1893

Ältere Frau
deutsche, die die Wirtschaft versteht, kann sich sofort melden. Beiräuer 58, im Frontladen, Wlozowicz. 1906

Sommerwohnung
2 Zimmer u. Küche in Neu-Chojny, 25 Minuten v. d. Pabianicer Tram-bahn, abzugeben. Näheres b. C. Fischer, Glumna 35, v. 1—3 Uhr.

16—18 Jahre
Ein Kaufmann mit Schulbildung, Sohn anständiger Eltern, kann sich melden bei Fischer, Beiräuer 207, von 7—8 abends. 1896

Massives

Haus

mit Obstgarten (50 St.) in M. Blozno günstig zu verkaufen. Offerten unter „Garten“ an die Geschäftsstelle d. Bl. 1 85

Wachhund

zu verkaufen. Adresse zu erfahren in der Geschäftsstelle d. B. 1899

1 Zimmer

2 Etage im Zentrum der Stadt zu verkaufen auf Front. Parterre-Wohnung evtl. Laden. Preis Neben-sache. Off. „B. C.“ an die Geschäftsst. d. Bl. 1895

„Gmmidt-Beise“ für den Haushalt mit 650. Selbgehalt empfiehlt Dr. ARNO DIETEL 1161 Sedz. Piotrkowska Str. 131

Buchhalter

bilanzlicher, selbständiger flotter Arbeiter, mehrere Jahre in Akt.-Ges. als solcher mit Erfolg tätig gewesen, Ia Zeugnisse, sucht per 1. August oder früher ähnliches Engagement. Off. unter „A. Z.“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. 1811

Junger Mann

mit Gymnasialbildung, militärfrei, flotter Rechner, der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, sucht per sofort Stellung. Off. an die Geschäftsstelle d. Bl. unter „Jüngling“ erbeten. 1869

Für hiesiges Agentur-Geschäft gesucht:

Barfelle Stenotypistin

mit Buchhaltung vertraut, der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig. Gefl. Angebote unter „J. E. 2000“ an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten. 1864

Zwei Expedienten

zum sofortigen Antritt gesucht. Bewerber müssen die Landessprachen beherrschen, nüchtern, zuverlässig und arbeitsam sein. Flachen-Kantion 200,000 erf. Sa. melden im Kontor der Strals- und Almonaden-fabrik E. B. Zurasch, Nawrotstr. 88, zwischen 3—5 Uhr nachmittags. 1894

Ein nüchternen Mauerpolier

der selbständig zu arbeiten versteht, zum Bau eines größeren Fabrikgebäudes gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnanspruch unter „A. C.“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 1897

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, mit guter Schulbildung wird für das Kontor einer Aktien-Gesellschaft gesucht. Beherrschen der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift Bedingung. Selbstgeschriebene Offerten sind unter „Aufmerksam“ an die Geschäftsst. d. Bl. zu richten. 1867

Musträger

Einige tüchtige, kautionsfähige sofort gesucht. „Freie Presse“.

Dr. med. J. Leyberg

Haut- und Geschlechtskrankheiten. Traugottstr. 5, Tel. 773. Zurückgekehrt. 1901

Dr. med. 1708

Edmund Eckert

Dant., Garm. u. Geschl.-Kr. Sprechst. v. 12—2 u. v. 5—8, Damen 4—5 Uhr nachm. Kiliński-Str. 137 das 3. Haus v. d. Almona.

Dr. med. Roschaner

Haut-, Geschl.- und Garmleiden. Behandlung mit künstl. Höhenklima. 1881. Dzielna-Str. 9 Empf. v. 8—10 $\frac{1}{2}$ u. 4—8.

Dr. med.

I. Weinberg

gew. Arzt in Davos (Schweiz) und Nervi (Italien). Innere, spez. Herz- u. Lungenkrankheiten, empfängt von 1 $\frac{1}{2}$ —2 $\frac{1}{2}$ und von 6—7. Ziegelstr. 47. 1810

Dr. med. 3

Langbard

Zawadzka 10. Haut- u. Geschlechtskr. Sprechst. v. 8—12 u. v. 5—8

Dr. Ludwig Falk

Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten empfängt von 10—12 und von 5—7 1854

Nawrotstr. Nr. 7.

SANDALEN

Zakopaner Pantoffel Damen-Herren-Kinder-Sandale Wäsche — Strümpfe Grosse Auswahl Billige Preise 1899 K. Petersilge 83 Piotrkowska 93

Schreibmaschinen

neue Continental, Adler, Mercedes usw. zu billigsten Preisen; Sachverständiger in Kohlepapier, Reparaturen, Schreibmaschinen-Unterricht.

Adolf Goldberg, Andrzeja-Str. 1, 1. Etage

984

Zwirnerei

sucht Lohnarbeit für effekt und glatt.

1868 Sienkiewicz 84/86.

Bergeblid

warten Sie auf einen Aufruf, da Sie vergeblich haben, in der

Freien Presse
zu inserieren.